

Bolz, Klaus

**Article — Digitized Version**

## IWF steht weiter zu Rußland

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Bolz, Klaus (1994) : IWF steht weiter zu Rußland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 4, pp. 158-159

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137108>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# IWF steht weiter zu Rußland



Klaus Bolz

Die Regierungen der westlichen Industrieländer – unter ihnen insbesondere die Gruppe der G7 – und die internationalen Finanzorganisationen – allen voran der IWF – sind sich über die Notwendigkeit der Unterstützung des Reformprozesses in der Russischen Föderation unverändert einig. Sie alle haben ein großes Interesse, keinerlei Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit in dieser Frage aufkommen zu lassen. Dies war gewiß nicht immer leicht, wurde doch die Auszahlung an sich zugesagter Mittel an die russische Regierung bisher immer wieder verschoben und von der Einhaltung der seitens des IWF schon im Frühjahr 1993 gemachten wirtschaftspolitischen Zielvorgaben abhängig gemacht.

Vor diesem Hintergrund mußte die Nachricht, daß in der Nacht zum 23. März 1994 der Internationale Währungsfonds und die russische Regierung übereingekommen waren, die zweite Tranche von 1,5 Mrd. Dollar bald zur Auszahlung zu bringen, überraschen. Was war geschehen, daß Camdessus als geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds seine monatelang geübte Zurückhaltung bei der Auszahlung der 1,5 Mrd. Dollar-Tranche nun plötzlich aufgegeben hat? Gibt es in Rußland etwa gravierende neue Reformmaßnahmen? Befindet sich dieses Land auf dem Weg aus der Krise?

In den dem Besuch von Camdessus in Moskau vorangegangenen Verhandlungen zwischen der russischen Regierung und dem IWF hatte sich beim Fonds noch die Überzeugung herausgebildet, daß sich die russische Wirtschaft nach wie vor in einer schwierigen Lage befände und die russische Regierung wegen wachsender Sozialleistungen an die verarmte Bevölkerung und der fortgesetzten Alimentierung großer Staatsunternehmen weder ihren Budgetvoranschlag noch ihre Inflationsziele letztendlich würde durchhalten können. Was für die Entscheidung der Auszahlung der zweiten Tranche aber letztlich zählt und diese rechtfertigt, ist der Inhalt eines schriftlichen Memorandums. Darin soll die russische Regierung intensive Anstrengungen versprochen haben, für 1994 ein solides Budget vorzulegen und die monatliche Inflationsrate bis zum Jahresende auf 7% zu senken.

Die Entscheidung des Fonds zur Zahlung der zweiten Rate des zugesagten Kredits ist dennoch vielerorts auf Unverständnis gestoßen, da sie doch letztlich allein auf der Grundlage vager Versprechungen seitens der russischen Regierung getroffen worden wäre, deren Umsetzung bei den gegebenen Machtstrukturen in Rußland keinesfalls als gesichert angesehen werden kann. Man würde es sich aber zu einfach machen, in der getroffenen Entscheidung des Fonds eine leichtfertige Aufgabe längerfristig verfolgter Prinzipien zu sehen. Der IWF kann sich immerhin auf die Reformentwicklung in Rußland in den letzten Monaten berufen. Nach dem Ausscheiden der Reformpolitiker Gaidar und Fjodorow aus dem Kabinett von Ministerpräsident Tschernomyrdin zeigt sich zwar die Gefahr einer Verlangsamung der marktwirtschaftlichen Reformen, aber kaum etwas deutet darauf hin, daß bisherige Reformen – so z.B. die Preisliberalisierung und die Privatisierung – zurückgedreht würden.

Daß Camdessus gewisse Daten über die wirtschaftliche Entwicklung in Rußland schon als positive Signale deutet, ist allerdings unwahrscheinlich. Die statistischen Angaben und Prognosen lassen solch einen Schluß nicht zu: Das Bruttoinlandsprodukt, das 1992 um mehr als 19% gesunken war, verzeichnet für 1993 immerhin noch einen Rückgang um 12%. Die von der Krise be-

sonders hart getroffene Industrieproduktion, die 1992 um rund 20% geschrumpft war, ging im Jahre 1993 erneut stark, nämlich um 16% zurück. In wichtigen Branchen wie u.a. in der Chemie, der Mineralölverarbeitung und im Maschinenbau gab es sogar Rückgänge über den im Jahre 1992 festgestellten Prozentsatz hinaus. Auch andere Indikatoren des Jahres 1993 und für 1994 zeigen, welche Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung in Rußland weiterhin bestehen. So sind die Verbraucherpreise 1993 monatsdurchschnittlich noch um über 20% gestiegen.

Die von Gaidar und Fjodorow angelegte Restriktionspolitik zeigte zwar Wirkung, hat aber viele Unternehmen zahlungsunfähig werden lassen und zur weiteren Verarmung der Massen beigetragen. Dabei konnte nicht verhindert werden, daß das Haushaltsdefizit sich weiter erhöht hat. Der Rubelkurs erreichte einen neuen Tiefststand. Die vor etwa drei Monaten vom russischen Wirtschaftsministerium gemachten Prognosen zeichneten dagegen für 1994 schon ein teilweise recht optimistisches Bild. So sollte das BIP nur noch um 5% und die Industrieproduktion um 6% schrumpfen, bei den Investitionen sollte der Rückgang sogar gestoppt werden. Auch die Inflation glaubte man auf die Hälfte reduzieren und das Haushaltsdefizit gemessen als Anteil am BIP zurückfahren zu können. Ein erst jüngst vom russischen Wirtschaftsministerium aufgestelltes „mittleres“ Szenarium über die ökonomische Entwicklung des Landes geht teilweise bereits wieder von vorsichtigeren Annahmen aus. Laut Wirtschaftsminister Schochin soll das BIP um 8% bis 10% und die Industrieproduktion um 12% sinken, die Arbeitslosenquote auf 5% bis 6% steigen und die Inflationsrate im Dezember 7% bis 9% betragen.

Der IWF wird die zweite Tranche aus der Systemübergangsfazilität wohl erst im Mai auszahlen. Die offizielle Begründung für diesen Termin liegt in dem Zeitbedarf für die Vorbereitung der endgültigen Genehmigung dieser Auszahlung durch das Direktorium des Fonds. Tatsächlich dürfte Camdessus vor allem aber aus taktischen Erwägungen eine spätere Auszahlung anstreben, um so auf die russische Regierung, die Zentralbank und insbesondere das Parlament einen gewissen Einfluß bei den anstehenden Entscheidungen nehmen zu können. Konkret: Der Währungsfonds möchte die Auszahlung der 1,5 Mrd. US-Dollar erst nach Verabschiedung des Budgets 1994 und der Außerkraftsetzung diverser ausgabenwirksamer Gesetze und Jelzin-Erlasse vornehmen in der Hoffnung, das Parlament davon abhalten zu können, über den von Tschernomyrdin vorgelegten Haushalt hinaus Ausgaben zu beschließen. Sollte diese Rechnung aufgehen, hätte der IWF durch seine Entscheidung letztendlich einen Beitrag zur Stabilisierung der russischen Wirtschaft geleistet. Der Fonds könnte mit seiner Politik aber auch genau das Gegenteil bewirken, da sich das ausgabefreudige Parlament weder von der eigenen Regierung, insbesondere aber nicht von ausländischen Institutionen seinen Handlungsspielraum einschränken lassen will. Das Parlament könnte dabei sogar für sich in Anspruch nehmen, durch höhere Ausgaben für weite Kreise der Bevölkerung die Akzeptanz der weiteren notwendigen Reformschritte in der Bevölkerung zu verbessern.

Quantitativ ist die Summe von 1,5 Mrd. US-Dollar für die russische Volkswirtschaft bedeutungslos. Ein Scheitern der Auszahlung wäre allerdings für die russische Regierung ein nachhaltiger Rückschlag, da diese zweite Tranche bereits fester Bestandteil des Budgetentwurfs für 1994 ist. Die Übereinkunft zwischen dem IWF und der russischen Regierung dürfte auch die stark angeschlagene Kreditwürdigkeit Rußlands leicht zum Positiven hin verändern. Gelten Kreditzusagen des IWF gemeinhin als Signal für die privaten Banken, ihrerseits ein stärkeres Engagement zu wagen, dürfte es in diesem Fall allerdings noch nicht zu den entsprechenden Reaktionen kommen, denn nur wenigen privaten Banken und Firmen kann es entgangen sein, daß die getroffene Übereinkunft aus dem Blickwinkel des IWF weniger die ökonomischen Realitäten als vor allem politische und psychologische Überlegungen zur Grundlage hat. Sollte die Rechnung des IWF aufgehen, das heißt, sollte sich die russische Regierung sowie die Zentralbank verstärkt zu stabilitäts- und reformorientiertem Handeln verpflichtet fühlen, wodurch weitere konditionierte Kredite an Rußland möglich würden, könnte mittelfristig erwartet werden, daß auch private Anleger die Investitionschancen in Rußland günstiger beurteilen.

Bleibt als letzte Frage, ob der Fonds durch seine Entscheidung letztlich nicht das Prinzip der Konditionalität stark aufgeweicht hat. Das ist sicher richtig, muß man dies aber beklagen? Hat sich der Fonds mit der weniger strengen Beachtung der Konditionalität nicht endlich einen größeren Handlungsspielraum verschafft, um auf die besonderen Erfordernisse der historisch einmaligen Systemtransformation flexibler reagieren zu können?